

KOMPETENZ

Sonderausgabe Verteilungsgerechtigkeit

**Mythen über die
Vermögenssteuer**

Seite 10

**Interview mit
Wolfgang Katzian**

Seite 14

**Zeit für
gerechte Steuern!**

Was die Vermögenssteuer bringt ab Seite 4



© Andia/Visum/picturedesk.com

Sonderausgabe

Thema

- 3 Standpunkt der Chefredakteurin
- 4 Kurzmeldungen
- 6 **Cover:** Zeit für gerechte Steuern
- 10 Mythen über die Vermögenssteuer
- 13 Kommentar von Reinhard Göweil
- 14 Interview mit Wolfgang Katzian

Arbeitswelt

- 16 Löhne und Gehälter: Wohlstand für alle
- 18 Unbezahlte Arbeitszeit

Service

- 20 Veranstaltungen
- 21 Kurzmeldungen
- 22 CARD-Angebote

6



Florian Schuh/Visum/picturedesk.com

Zeit für gerechte Steuern

14



Interview mit W. Katzian

16



Löhne und Gehälter

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, martin.panholzer@gpa-djp.at, Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud, barbara.lavaud@gpa-djp.at

Redaktion und Anzeigen: Renate Zaunscherb, renate.zaunscherb@gpa-djp.at

Artidirection und Layout: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörfel

Coverfoto: Collage von Kerstin Knüpfer

DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Artikel und Fotos.



Müssen die Reichen immer reicher werden?

Von Dwora Stein

Die Wirtschaftskrise hat die Reichen noch reicher gemacht und die Armen ärmer, in Griechenland verarmt der Mittelstand, Länder wie Spanien oder Portugal droht ein ähnliches Schicksal. Eine kürzlich erschienene Studie der Europäischen Zentralbank zeigt, dass in Österreich die Schere zwischen Arm und Reich stärker aufgeht als im europäischen Durchschnitt. Einige ganz wenige Superreiche horten riesige Vermögen und zahlen dafür kaum Steuern. Das Bankgeheimnis hilft ihnen dabei. Österreich, ein Steuerparadies für Reiche.

Aus diesem Grund haben wir uns als Gewerkschaft entschieden, eine Sondernummer der KOMPETENZ zum Thema Verteilungsgerechtigkeit und faire Steuern zu publizieren. Wir wollen unsere Mitglieder und BetriebsrätInnen ausführlich darüber informieren, wie unge-

recht die Vermögensbesteuerung derzeit ist und welche Forderungen wir daraus ableiten. Diese Vermögensbesteuerung soll nicht den Mittelstand treffen, weder den „kleinen Häuselbauer“ noch den „kleinen Sparer“, sondern es sollen jene endlich zur Kasse gebeten werden, die über große Vermögen jenseits der Grenze von 700.000 Euro verfügen. Das ist keine „Dumppbackenidee“, wie Ministerin Fekter in für sie typischer Weise polemisierte. Es scheint uns nur fair und gerecht: Wer ein großes Vermögen besitzt, soll seinen Beitrag zum Gemeinwohl liefern. Schließlich zahlt jeder von uns jeden Monat seine Abgaben und Steuern von seinem Lohn oder seinem Gehalt. Warum sollen ausgerechnet die Reichen vom Steuerzahlen ausgenommen sein?

Auch auf europäischer Ebene ist es Zeit, gegenzusteuern. Gegen die Austeritätspolitik der EU, die

ganze Länder verarmen lässt; gegen internationale Steueroasen, die von uns allen geduldet werden und in die das Geld hinfließt, das anderswo fehlt. EU-Mitgliedsstaaten wie z. B. Liechtenstein, Zypern oder Großbritannien (Jersey, Jungferninseln u. a.) verdienen hier ungeniert an den Möglichkeiten der internationalen Steuerhinterziehung. Und auch Österreich wird seine Hausaufgaben machen müssen. Das Bankgeheimnis in seiner jetzigen Form ist eigentlich ein Steuerbetrugsgeheimnis. Es nützt nicht den kleinen SparerInnen, sondern nur den großen Zockern.

Wir werden im kommenden Herbst die Abgeordneten zum Nationalrat wählen. Dabei sollten wir als Wählerinnen und Wähler sehr genau darauf schauen, welche Parteien für welche Themen stehen und wie sie sich zur Verteilungsgerechtigkeit positionieren. ■

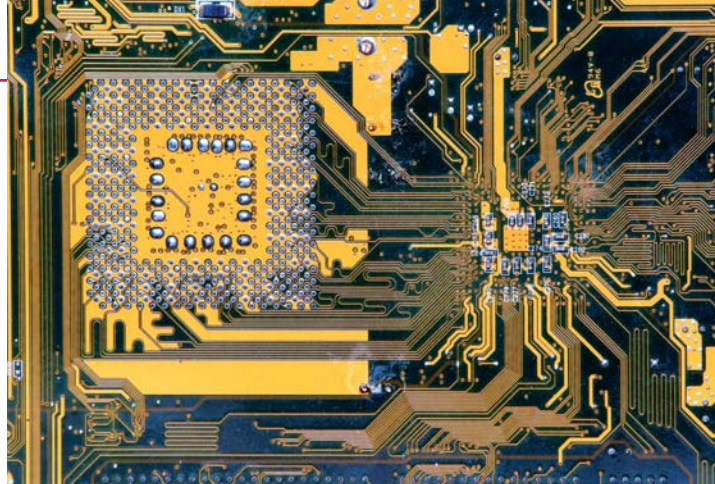
GPA-djp unterstützt
Daily-Beschäftigte

Sonntag frei!

In der Frage der Sonntagsöffnung, die in einem Konflikt mit dayli-Geschäftsführer Rudolf Haberleitner zu einer öffentlichen Auseinandersetzung führte, hat die GPA-djp einen Meilenstein errungen: Eine Änderung der Gewerbeordnung macht es nun unmöglich, Geschäfte wie dayli sonntags zu öffnen. Die neue Gewerbeordnung sieht vor, dass der sonntägliche Warenverkauf mit Gastgewerbekonzession künftig nur dann erlaubt ist, wenn der „Charakter des Betriebes als Gastgewerbe“ auch tatsächlich gegeben ist.

Es reicht also nicht aus, als Drogeriemarkt „einen Getränkeautomat aufzustellen und Leberkäsemmeln zu verkaufen“, um am Sonntag aufsperrn zu dürfen, hatte GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian argumentiert.

Katzian war es auch, der den Antrag im Parlament eingebracht hatte. „Wir freuen uns im Sinne aller Betroffenen, bei dayli und anderswo, dass diese jetzt endlich ihren freien Sonntag genießen können“, kommentiert Katzian.



© tverkhovineis - Fotolia.com

Plus 3,15 Prozent für Elektro-/Elektronikindustrie

Nachhaltige Freizeit statt Ist-Lohnerhöhung.

In der dritten Runde der Kollektivvertragsverhandlungen für Elektro- und Elektronikindustrie (EEI) konnten die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp einen Abschluss erzielen. Nach der Textilindustrie (plus 3 Prozent) ist dies nun der zweite Abschluss der wichtigen industriellen Frühjahrslohnrunde.

Die Mindestlöhne für die rund 60.000 Beschäftigten werden ab 1. Mai um 3,2, die Ist-Löhne um 3,0 Prozent erhöht. Lehrlingsentschädigungen steigen

um 3,2 Prozent – ein nachhaltiger und deutlicher Reallohnzuwachs, der die Kaufkraft der Beschäftigten stärkt.

Zudem vereinbarten die Gewerkschaften ein neues Modell, das die Ist-Erhöhung in nachhaltige Freizeit umwandelt. Dafür braucht es eine Betriebsvereinbarung. Alle Beschäftigten sollen künftig individuell mitentscheiden können, ob sie kürzer arbeiten, also Geld in nachhaltige Freizeit eintauschen.

Mehr dazu auf www.gpa-djp.at

Als Frauen. Mit Frauen. Für Frauen.

Unter diesem Motto wurde beim 17. ÖGB-Bundesfrauenkongress Sabine Oberhauser als neue Vorsitzende gewählt und ein Forderungspaket für Frauen geschnürt: Die ÖGB-Frauen fordern unter anderem ein kollektivvertragliches Mindesteinkommen von 1.500 Euro brutto im Monat für Vollzeitarbeit, die Auszahlung des Mehrarbeitszuschlags für Teilzeitbeschäftigte ab der ersten Mehrstunde.

Die Ärztin Sabine Oberhauser ist seit Mitte 2009 Vizepräsidentin des ÖGB. Als eine ihrer Stellvertreterinnen wurde Ilse Fetik, Bundesfrauenvorsitzende der GPA-djp und Betriebsrätin bei der Erste Bank, gewählt.



© Markus Bormann - Fotolia.com

Verteilen statt verspielen

Unser Buchtipp zum Thema Verteilungsgerechtigkeit.

Ist jemand, der sich für faire und höhere Steuern einsetzt, ein Mitglied der Neidgesellschaft? Ist die Verteilung der Einkommen Ausdruck tatsächlicher individueller Leistungen? Kann das Geld der Reichen „für sich arbeiten“, oder arbeiten da nicht doch andere Menschen um Hungerlöhne?

Ungleiche Gesellschaften sind ökonomisch nicht erfolgreicher, im Gegenteil. Wir brauchen daher ein Umdenken und einen Kurswechsel hin zu einer Politik, die für faire Verteilung von Einkommen, Vermögen, Arbeitszeiten und Bildungschancen sorgt. Mit diesem Buch über Ver-



teilungsgerechtigkeit in ihren unterschiedlichen Aspekten will die GPA-djp einen Beitrag zur Diskussion und Information liefern.

Das Buch bestellen:
www.oegbverlag.at

20 Billionen Euro

In Steueroasen liegen weltweit geschätzte 20 Billionen (das sind zwanzigtausend Milliarden) Euro „versteckt“. Wenn diese drei Prozent Zinsen abwerfen würden, wären das 600 Milliarden Euro. Bei 25 Prozent KeSt ergeben sich Steuerentgänge von 150 Milliarden Euro. Diese Zahl entspricht etwa der halben Wirtschaftsleistung Österreichs.

ATX-Bosse verdienen 49-mal so viel wie Angestellte

In einem von der Arbeiterkammer durchgeführten Gagen-Ranking der ATX-Vorstände zeigt sich ein Aufwärtstrend bei den Managergehältern: Im Schnitt verdienen die Manager der Top-Börsenfirmen im Vorjahr 1,4 Millionen Euro – um 6,5 Prozent mehr als 2011.

Damit erhält ein ATX-Manager das 49-fache eines österreichischen Durchschnittsgehalts. Im Jahr 2000 lag der Faktor noch beim 20-fachen. Von 1,4 Millionen könnte eine Familie von zwei Erwachsenen und zwei Kindern 28 Jahre lang ihre gesamten Verbrauchsausgaben decken.

Keine Auswirkung zeigt bisher die Novelle zum Aktiengesetz, wonach die Gestaltung der Vorstandsbezüge darauf beruhen soll, langfristige Anreize zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung zu setzen. „Die AK fordert deshalb entsprechende gesetzliche Schritte, um den „Wildwuchs“ bei den Managergehältern einzudämmen“, sagt AK-Präsident Rudi Kaske. Ein passendes Instrument wäre die dynamische Deckelung: Die maximale Höhe sollte über einen Faktor an die Lohn- und Gehaltsstruktur des jeweiligen Unternehmens gekoppelt sein.



© Robert Kneschke - Fotolia.com



Zeit für gerechte Steuern

Während für Soziales und Bildung das Geld fehlt, ist Österreich zugleich ein Steuerparadies für die Reichen. Die Forderung nach einer Vermögenssteuer ist dringlicher denn je. Was würde diese Steuer bringen, wen würde sie treffen?

Von Barbara Lavaud



Florian Schuh/Visum/picturedesk.com

Der Vermögensbesitz ist in Österreich extrem ungleich verteilt. Die großen Vermögen sind in den Händen einiger weniger, während die Hälfte der Menschen über nahezu gar kein Vermögen verfügt. Und die Mehrheit der ÖsterreicherInnen ist der Meinung, dass die Ungleichheit zu groß ist, dass es höchste Zeit für eine gerechtere Verteilung der Lasten und die Besteuerung großer Vermögen wäre.



© Eizinger Alexandra/Wirtschaftsblatt/picturedesk.com

Doch wie viel Vermögen besitzen die Reichen? Wie arm ist man in Österreich, wenn man von Armut betroffen ist? Wie viel Geld hat der Mittelstand? Diese Daten sind schwieriger zu erheben, als man glauben möchte. „Fragt man jemanden, ob er reich ist, und er antwortet: Ich bin nur wohlhabend, so deutet genau diese Antwort auf Reichtum hin“, weiß Martin Schürz von der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) über die Schwierigkeiten zu berichten, die Vermögensverhältnisse der ÖsterreicherInnen in Befragungen zu erfassen. Arme Menschen sprechen aus Scham nicht gerne über ihre bescheidenen Verhältnisse – aber reiche Menschen schweigen dafür umso

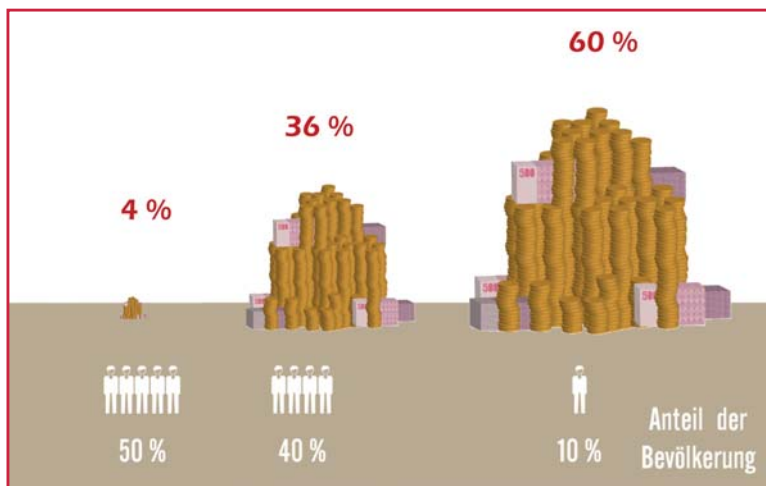
hartnäckiger über ihr Vermögen. „Armut ist gut erforscht“, erklärt Schürz, „aber über echten Reichtum wissen wir wenig. Hier fehlen uns nach wie vor Zahlen über die kleine Gruppe der sehr Vermögenden.“

Große Reichtümer

Für die Debatte über eine Vermögenssteuer braucht es aber genaue Zahlen, damit klar ist, bei wem diese Steuer eingehoben würde. Denn sonst erwachen naturgemäß die Ängste des Mittelstandes, zur Kasse gebeten zu werden. Der „kleine Mann“, der „kleine Sparer“ oder der vielzitierte „kleine Häuselbauer“ sieht sich selbst keinesfalls als reich an. Er ist aber genau besehen durchaus wohlhabend – nämlich im Vergleich zu den wirklich Armen – und repräsentiert den Mittelstand. Doch es geht bei der Vermögensbesteuerung eben nicht um die Ersparnisse oder die Eigenheime des Mittelstandes. Sondern um die wirklich großen Reichtümer einiger weniger, die derzeit steuerlich massiv bevorzugt sind.

„Dass die hoch konzentrierten Vermögen in Österreich praktisch nicht besteuert werden, ist ein untragbarer Zustand“, kritisiert GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian. „Das muss dringend korrigiert werden.“ Österreich ist nach Deutschland das Land mit der größten Ungleichverteilung von Vermögen.

Dass diese Ungleichverteilung von privaten Vermögen in Österreich besonders eklatant ist, wurde kürzlich durch eine Studie der Europäischen Zentralbank (EZB) über die Vermögensverteilung im Euroraum bestä-



In Österreich besitzen die obersten 10 Prozent der Haushalte 60 Prozent des Vermögens. Die unteren 50 Prozent besitzen hingegen nur magere 4 Prozent des Gesamtvermögens.

tigt. Ersichtlich wird die große Ungleichverteilung daran, dass Mittelwert (Medianwert) und Durchschnittswert der Vermögen sehr stark auseinanderklaffen. Das bedeutet, dass es eine kleine Gruppe von extrem hohen Vermögen gibt, die den Durchschnittswert anheben, und zwar auf 265.000 Euro – während der Medianwert nur bei 76.400 Euro liegt.

Reichensteuer

„Immer wieder wird behauptet, dass eine Vermögenssteuer zwangsläufig den Mittelstand treffen muss, wenn sie finanziell ergiebig sein soll. Das ist völlig falsch“, erklärt David Mum, Ökonom und Leiter der GPA-djp-Grundlagenabteilung. In Österreich besitzen die obersten 10 Prozent der Haushalte 60 Prozent des Vermögens. Die unteren 50 Prozent besitzen hingegen nur magere 4 Prozent des Gesamtvermögens (siehe Grafik). „Die Gewerkschaften fordern eine Vermögenssteuer für Vermögen über 700.000 Euro je

Haushalt. Das betrifft nur die obersten 7 Prozent der Haushalte“, erklärt Mum. „Wenn man da vom Mittelstand spricht, müsste man auch die Millionäre zum Mittelstand zählen.“

Anders gesagt: Das Vermögenssteuermodell der Gewerkschaften setzt bei einem Vermögenswert an, den die große Mehrheit der Bevölkerung – der Mittelstand – niemals erreicht. Zudem besagt die EZB-Studie auch, dass ArbeitnehmerInnen im Euroraum um ein Drittel weniger Vermögen besitzen als Selbstständige.

Wie man reich wird

Wie kommt man eigentlich zu einem Vermögen, das über jener Grenze liegt, die normalerweise nicht erreicht wird? Martin Schürz betont, dass wirklich große Vermögen nur ererbt bzw. weitergegeben werden können, nicht aber aus dem Arbeitseinkommen angespart. Denn selbst bei einem höheren Einkommen und einer entsprechend höhe-

ren Sparquote und einer guten Verzinsung ist es nicht möglich, sich im Laufe seines Arbeitslebens mehr als das Durchschnittsvermögen von rund 256.000 Euro zur Seite zu legen. Millionär wird man auf diesem Weg also nicht.

Nur durch eigene Erwerbsarbeit zu Reichtum zu kommen, ist also praktisch unmöglich. Man kann sehr wohl zu hohen Vermögen kommen, wenn man ein Unternehmen aufbaut oder besitzt. Doch dann vermehrt sich dieses Vermögen nicht mehr durch eigene Arbeit, sondern durch die Arbeit anderer – nämlich der Beschäftigten, die für das Unternehmen arbeiten.

Keine Gegenargumente

Um angesichts der eindeutigen Daten zur Vermögensverteilung etwas entgegensetzen zu können, hat die WKO beim Institut für höhere Studien eine Studie in Auftrag gegeben, die zeigen soll, dass eine Vermögenssteuer viele negative Wirkungen hat. „Die AutorInnen der Studie sind sehr bemüht, Gegenargumente zu konstruieren, entsprechend abenteuerlich sind die Aussagen“, meint David Mum kopfschüttelnd. So wird z. B. behauptet, eine Vermögenssteuer würde Verwaltungskosten von bis zu 20 Prozent verursachen, eine absurd hohe Zahl, die nicht begründet wird. „Die Studie strotzt vor unbewiesenen Behauptungen und Widersprüchen“, sagt Mum, „es fehlen die echten Argumente.“

Steueroasen

Hingegen wissen die Gewerkschaften genau, was mit den Mehreinnahmen aus einer Ver-

mögenssteuer alles erreicht werden könnte: Eine solche Steuer würde drei Milliarden Euro bringen. Damit könnten die ArbeitnehmerInnen steuerlich entlastet, wichtige Zukunftsprojekte im Bereich Pflege und Bildung finanziert und somit auch Arbeitsplätze geschaffen werden.

„Es ist höchste Zeit, dass die Reichen einen solidarischen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft liefern“, meint Wolfgang Katzian. „Sowohl in Österreich selbst als auch anderswo in Steueroasen, entgehen dem Fiskus Millionen, die für die soziale Absicherung dringend gebraucht werden. Eine Vermögenssteuer und das Trockenlegen der Steueroasen sind das Gebot der Stunde.“

Steueroasen sind Länder, die es Reichen ermöglichen, ihr Geld in ihrer Heimat nicht zu versteuern und das unversteuerte Geld extrem niedrig versteuert anzulegen. Damit man dies nicht unterbinden kann, haben Steueroasen ein Bankgeheimnis und geben keine Daten her. Folglich liegen in Steueroasen unversteuerte Gelder und Schwarzgelder aus illegalen Geschäftspraktiken wie etwa Drogen- und Menschenhandel.

Die Affäre um aufgeflogene Daten aus Steueroasen zeigt, wer dort so alles sein Geld horten: Neben MillionärInnen, die in ihrer Heimat keine Steuern zahlen wollen, sind es oft Diktatoren, die sich an ihrem Volk bereichern und das Geld außer Landes schaffen.

Das Beispiel Zypern zeigt: Manchmal schadete man sich mit Gier. Wer wegen niedriger Steuern sein Geld in Zypern angelegt hat, hat viel Geld verloren. „Da wäre es besser gewesen sein Geld in Österreich zu lassen, selbst wenn es eine Vermögenssteuer gäbe“, findet David Mum.

„Das heiß umkämpfte Bankgeheimnis schützt aber nicht das Sparbuch der Oma, sondern jene, die auf dubiose Weise zu viel Geld kommen oder keine Steuern zahlen wollen“, erinnert Mum. „Die vielzitierte Oma, die sich von ihrer Pension was für die Enkel spart, hat keinen Erklä-

ArbeitnehmerInnen sind die Leidtragenden dieses Systems“, betont Mum, „weil sie mit ihren hohen Steuern die Löcher stopfen, die Steuersünder unter Ausnutzung des Bankgeheimnisses aufreißen.“

Das Bankgeheimnis besteht im Kern aus der Pflicht des Kreditinstituts zur Verschwiegenheit über kundenbezogene Daten. Es spielt aber in seiner jetzigen Form den falschen in die Hände und sollte adaptiert werden, fordert Wolfgang Katzian: „Das Bankgeheimnis darf kein Steuerbetrugsgeheimnis sein. Es darf nicht jenen helfen, die auf diesem Weg versuchen, ihre Vermögenslage zu verschleiern.“ Die Banken sollen Kundendaten natürlich trotz-

dem gegenüber Dritten vertraulich behandeln müssen. Doch in seiner jetzigen Form nützen Bankgeheimnis und Steueroasen nur Oligarchen, Waffenhändlern und Finanzjongleuren. ■

Das System der Steueroasen geht zu Lasten der ArbeitnehmerInnen.

rungsnotstand, wie sie zu ihren meist bescheidenen Ersparnissen kommt. Daher wird sie durch das Bankgeheimnis auch vor niemandem geschützt.“

Bankgeheimnis

Aber Fälle wie z. B. Ex-Finanzminister Grasser, der mit Meinl International Power viel Geld verdient hat und nun unter Verdacht steht, seine Gewinne an der Steuer vorbei in Steueroasen wie Liechtenstein, Zypern und die britischen Jungfernseln transferiert zu haben, zeigen, worum es eigentlich geht: Ein/e ArbeitnehmerIn kann sich im Gegensatz dazu den eigenen Lohn oder das Gehalt nicht am Finanzamt vorbei nach Liechtenstein überweisen lassen. Und dann darauf zählen, dass die Liechtensteiner unter Hinweis auf das Bankgeheimnis die Daten nicht rausrücken. „Die

Video: Stimmen zur Verteilungsgerechtigkeit

Unser Video – mit Betriebsräten der GPA-djp und Wolfgang Katzian – über die Forderung nach Steuern auf große Vermögen finden Sie hier:
www.gpa-djp.at



Mythen über die Vermögensteuer



© aldegond le compte - Fotolia.com

Wir haben die häufigsten in den Medien und in Alltagsdiskussionen vorgebrachten Argumente genauer unter die Lupe genommen.

Von David Mum und Martin Bolkovac

1. Mythos: Kleine Häuslbauer mit geringem Einkommen wären auch von einer Vermögenssteuer betroffen und würden so schrittweise enteignet.

Wahrheit: Ein hoher Freibetrag verhindert die Besteuerung von kleinen und durchschnittlichen HausbesitzerInnen. Im ÖGB-Modell gibt es einen Freibetrag von 700.000 Euro. Damit werden die durchschnittlichen Vermögen außen vor gelassen. Jene Menschen, die Immobilien besitzen, haben ein mittleres Immobilienvermögen von knapp über 200.000 Euro und sind daher von der Steuer gar nicht betroffen.

2. Mythos: Eine Vermögenssteuer muss auch kleine und mittlere Einkommen erfassen, sonst kann sie kein besonders hohes Steueraufkommen lukrieren.

Wahrheit: Das gewünschte Aufkommen einer Vermögenssteuer lässt sich leicht durch eine gestaffelte Ausgestaltung der Steuersätze – von 0,5 bis 1,5 Prozent – und Freibeträge beeinflussen.

Da die obersten fünf Prozent fast die Hälfte des Vermögens besitzen, ist eine Vermögenssteuer auch ergiebig, wenn sie über 90 Prozent der Bevölkerung gar nicht betrifft. Mit den von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Steuersätzen und dem Freibetrag lassen sich bis zu drei Milliarden Euro jährlich an Mehreinnahmen lukrieren, die zum Teil als Lohnsteuersenkung allen ArbeitnehmerInnen zugute kommen könnten.

3. Mythos: Die Abgabenquote ist schon jetzt zu hoch, und eine weitere Steuer würde die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs unterminieren.

Wahrheit: Die Abgabenquote sagt nur wenig aus, entscheidend ist die Verteilung der Steuerlast. Wie immer ist es entscheidend, wofür die Abgaben eingesetzt werden, und wie sich die Abgabenquote auf die verschiedenen Gruppen von SteuerzahlerInnen verteilt. Wenn man mit einer hohen Abgabenquote eine gute soziale Absicherung, eine öffentliche Infrastruktur, Bildung und sozialen Frieden erreicht, ist gegen diese nichts einzuwenden.

4. Mythos: Die Vermögenssteuer ist eine „Schnüffelsteuer“. FinanzbeamtenInnen statten braven SteuerzahlerInnen regelmäßig Schnüffelbesuche ab.

Wahrheit: Das Finanzamt prüft schon derzeit die Plausibilität der Angaben bei der ArbeitnehmerInnen-Veranlagung oder der Einkommenssteuererklärung.

Sind die Angaben der SteuerzahlerInnen nicht plausibel, werden in der Regel ergänzende Angaben bzw. die Übermittlung aller Belege eingefordert. Daran ändert sich auch nichts bei der Einführung einer Vermögenssteuer.

5. Mythos: Mit der Forderung nach einer Vermögenssteuer will man nur mit einer Neiddebatte politisches Kleingeld machen, Reichtum ist in Österreich ohnehin sehr gerecht verteilt.

Wahrheit: Die Verteilung von Vermögen driftet immer weiter auseinander, Armut nimmt zu und gleichzeitig steigt die Zahl der Millionäre jedes Jahr an. Umverteilung hat nichts mit Neid, sondern mit Gerechtigkeit zu tun und ist ureigenste Aufgabe eines Sozialstaates.

Nur sieben Prozent der Haushalte besitzen ein Vermögen von mehr als 700.000 Euro. Die 50 reichsten Familien werden auf ein Vermögen von ca. 105 Milliarden Euro (und damit auf zehn Prozent des Gesamtvermögens) geschätzt.

6. Mythos: Besteuerung von Vermögen löst Ausweichverhalten (Kapitalflucht) aus. Das würde sowohl das Aufkommen deutlich reduzieren als auch den Vollzug erschweren.

Wahrheit: Eine gewisse Kapitalflucht gibt es bereits jetzt, doch werden die wenigsten Grund- und ImmobilienbesitzerInnen wegen einer Vermögenssteuer von 1,5 Prozent ihre Besitztümer verkaufen.

7. Mythos: Vermögensbezogene Steuern schwächen das Wachstum der Wirtschaft.

Wahrheit: Vermögenssteuern führen zu mehr Investitionen. Ein geringes Steueraufkommen und der damit einhergehende Mangel an öffentlichen Investitionen gefährdet vielmehr die Wettbewerbsfähigkeit.

Ein Blick auf die Staaten mit besonders hohen und niedrigen Abgabenquoten zeigt, dass es diesen Zusammenhang so außerdem nicht gibt. Vielmehr haben Länder mit hohem BIP je EinwohnerIn meist auch eine hohe Abgabenquote. Das bedeutet, dass der wirtschaftliche Fortschritt mit sozialem Fortschritt in diesen Staaten einhergegangen ist.

8. Mythos: Bei der Einhebung der Vermögenssteuer entstehen hohe Verwaltungskosten, die die Sinnhaftigkeit dieser Steuer in Frage stellen.

Wahrheit: Die Verwaltungskosten sind wie bei der früheren Erbschaftssteuer eine vernachlässigbare Größe. Verfechter dieses Arguments gehen von einer „Schnüffelsteuer“ (siehe Mythos 4) aus, die sehr viel Aufwand betreibt, von Haus zu Haus zu gehen, um jeden Ring und jedes Gemälde penibel zu registrieren. Genau das will aber niemand und hat auch bisher niemand vorgeschlagen.

9. Mythos: Die Abgabenlast in Österreich ist im internationalen Vergleich unerträglich hoch.

Wahrheit: Wir sind im oberen Mittelfeld, hinter den skandinavischen Ländern, Frankreich, Italien, Belgien. Abgesehen davon sagen Abgabenquoten nur wenig aus und sind international nur sehr schwer vergleichbar. ■

Vermögenssteuer ÖGB-Modell

Beispiel 1:

Familie M. besitzt ein Eigenheim in der Steiermark mit einem Wert von 450.000 Euro. Zusätzlich besitzt sie 50.000 Euro an Wertpapieren sowie ein Sparbuch mit 40.000 Euro. Herr M. besitzt einen älteren Opel Omega und Frau M. fährt mit einem VW Golf. Aktueller Schätzwert beider Fahrzeuge: 25.000 Euro. Auf das Haus läuft noch ein Kredit in der Höhe von 70.000 Euro. Frau M. besitzt ein Schmuckkästchen, das ihre Großmutter ihr vermacht, Wert unbekannt.

Anzugebendes Vermögen von Familie M. (nach Abzug Kredit): 495.000 Euro

Vermögenssteuer (ab 700.000 Euro) im Jahr: **0 Euro**

Beispiel 2:

Anton F. besitzt eine Dachgeschosswohnung in Wien. Wert: 650.000 Euro. Er fährt mit einem Chevrolet Malibu (Wert 20.000 Euro) und hat sich ein neues Zweitauto zugelegt, einen Mercedes Benz SL-Klasse Sportwagen um 90.000 Euro. 75.000 Euro hat er in Aktien und Anleihen angelegt. Sein Sparbuch hat er vor kurzem aufgelöst, um sich um 150.000 Euro ein Wochenendhaus in Mörbisch/Burgenland zu kaufen. Anzugebendes Vermögen von Anton F.: 985.000 Euro
Versteuert werden müssen 285.000 Euro mit 0,5 Prozent (gestaffelter Steuersatz, Freibetrag 700.000 Euro)

Vermögenssteuer im Jahr: **1.425 Euro**

LITERATUR UND MEDIEN ZU GLOBALISIERUNG, VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT, ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE.



**Willkommen bei besserewelt.at –
der neue Themenshop des ÖGB-Verlags!**

besserewelt.at präsentiert ausgewählte Literatur und Medien zu Globalisierung, Verteilungsgerechtigkeit, Ökologie und Ökonomie – übersichtlich thematisch gegliedert, mit Empfehlungen, Rezensionen und Neuerscheinungen – auf Wunsch auch in einem monatlichen Info-Newsletter.

Auf besserewelt.at finden Sie Bücher zu sozialpolitischen Themen – Analysen, Kritik, Alternativen. Es geht um aktuelle politische Diskurse, soziale Bewegungen und um Anliegen wie: Verteilungsgerechtigkeit, nachhaltige und verantwortungsbewusste Produktion von Gütern und die Teilhabe daran. Im Fokus des Themenshops stehen weiters Randgruppen, Marginalisierung, Geschlechterdifferenz, Chancengleichheit, Bildung und Entwicklung.

Jetzt reinschauen!



Ökonomischer Selbstmord

Von Reinhard Göweil

Ist die europäische Union für die BürgerInnen da oder für die Gläubiger?



Joern Wolter/vario images/picturedesk.com

Obwohl es, mit großen Schwierigkeiten, nun doch zu einer Regierungsbildung in Italien kam, eines bleibt: Die Europäische Kommission stand hilflos vor den Folgen des Wahlausgangs in Italien, wie der Rest Europas (und Italien selbst wohl auch). Der absurde Satz aus Brüssel „Wir haben volles Vertrauen in die italienische Demokratie“ drückt dies aus. Wenn die EU-Kommission den Satz ernst meint, müsste sie aber folgerichtig dazusagen: „Wir haben null Vertrauen in die Finanzmärkte.“ Denn deren Geschäfte führten geradewegs in die jetzige Situation.

Für den zweiten Satz fehlt der EU-Kommission der Mut, ihn haben dafür die BürgerInnen in der italienischen Wahlzelle gesprochen, und in anderen Ländern auf der Straße. Was in Italien herauskam, droht auch Spanien, Griechenland, Portugal und sogar Großbritannien. In all diesen Ländern hat die

Krise zu Massenarbeitslosigkeit geführt, vor allem die Jungen haben die Hoffnung verloren. Der Populist Beppe Grillo will „das System in die Luft sprengen“ – und erhielt dafür 25 Prozent aus dem Stand. Das zeigt, dass die EU-weite Sparpolitik vielleicht Goldman Sachs und die Deutsche Bank erfreuen mag, aber die BürgerInnen nicht mehr bereit sind, ihr zu folgen.

Was also tun? Ist die Europäische Union für die BürgerInnen da oder für ihre Gläubiger? In Italien ist der Sparkurs zu Ende, in Portugal auch. Mittlerweile bekommt es sogar der Internationale Währungsfonds mit der Angst zu tun – auch diese Organisation fordert Europa händelnd auf, den Würgegriff der Sparpolitik zu lockern. Eine Zinssenkung der Europäischen Zentralbank mag ein Anfang sein, mehr ist das aber nicht.

Italiens WählerInnen haben als erste gesprochen – für weite Teile Europas. Entweder die EU lässt

sich etwas gänzlich Neues einfallen oder die Union zerfällt. Die Durchhalteparolen aus Berlin und Brüssel („Italien muss seinen Sparkurs beibehalten“) sind denn auch Schwachsinn. Italienische WählerInnen, die Grillo ankreuzten, werden sich nur bestätigt fühlen. Ein Europa, das Hedge Fonds rettet, aber kein Geld bereitstellt, um Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Industrie zu unterstützen, hat seine Legitimität verloren.

Nicht Italien ist unregierbar, die europäischen BürgerInnen sind es geworden. Sie fordern mit Recht Perspektiven statt eines ökonomischen Selbstmords auf Raten. Es werden in einer demokratischen Gesellschaft wohl nun Wertpapier-Händler inklusive Notenbanker umdenken müssen, nicht 500 Millionen EuropäerInnen. Die sind allerdings aufgefordert, sich im Juni 2014 an der Europa-Wahl zu beteiligen, um die Möglichkeit eines anderen Europa auch zu nutzen. ■



© Wiener Zeitung

Reinhard Göweil ist Wirtschaftsjournalist und seit 2009 Chefredakteur der Wiener Zeitung.



„Es gibt kein vernünftiges Argument gegen Vermögenssteuern.“

Vorsitzender Wolfgang Katzian zur Verteilungsgerechtigkeit und zu den Steuerforderungen der GPA-djp.

Das Interview führte Lucia Bauer.

KOMPETENZ: Die GPA-djp hat im April 700 BetriebsrätInnen zu einer Konferenz eingeladen und auf das Thema Verteilungsgerechtigkeit eingeschworen. Müssen sich die Arbeitgeber jetzt fürchten?

Wolfgang Katzian: Wir freuen uns natürlich, dass unsere Konferenz von den Medien, aber auch von der Arbeitgeberseite als wichtiges Ereignis wahrgenommen wurde. Fürchten muss sich aber niemand. Uns ging es bei der Konferenz darum, mit dem Thema Verteilungsgerechtigkeit noch mehr in die Breite zu gehen. Wir haben eine Reihe

wirklich guter Konzepte gearbeitet. Viele dieser Konzepte, etwa die Vermögenssteuer, sind auch inzwischen in der Öffentlichkeit bekannt und finden große Zustimmung. Auch unsere Gremien haben diese Ideen diskutiert und beschlossen. Was wir jetzt noch stärker brauchen, ist das Bewusstsein in der gesamten Organisation, dass jede und jeder auch im Betrieb einen Beitrag leisten kann, dass noch mehr weitergehen kann, wenn wir gemeinsam dran bleiben.

KOMPETENZ: Was wurde bisher konkret erreicht? Eine Vermö-

genssteuer gibt es ja nach wie vor nicht.

Wolfgang Katzian: Es ist richtig, dass es eine Vermögenssubstanzbesteuerung nach wie vor in Österreich nur in sehr kleinem Ausmaß gibt. Wir merken aber deutlich, dass der Gegenwind im Vergleich zu 2007, als wir zum ersten Mal mit dieser Forderung rausgegangen sind, deutlich abgeflaut ist. Konkrete Erfolge gibt es außerdem bei vermögensbezogenen Steuern insgesamt schon. Wir haben eine Vermögenszuwachssteuer erreicht, außerdem eine Verschärfung der Stiftungsbesteuerung.

erung. Es wurde die 10-jährige Spekulationsfrist bei Immobilien abgeschafft. Außerdem gibt es die Umwidmungsabgabe und den Solidarbeitrag für SpitzenverdienerInnen. All das würde es wahrscheinlich nicht geben, wenn wir nicht seit Jahren Druck machen würden.

KOMPETENZ: Dass sich der politische Gegner bei der Vermögens- oder Erbschaftssteuer bewegt, lässt sich bisher nicht erkennen. Die Finanzministerin ist nach wie vor der Meinung, das würde den Mittelstand treffen.

Wolfgang Katzian:

Dieses Mittelstandsargument ist eine reine

Farce. Mich wundert, dass die Finanzministerin und die Herren von der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer nicht selbst drüber lachen müssen. Wie soll eine Vermögenssteuer mit einem Freibetrag von 700.000 Euro oder gar einer Million Euro den Mittelstand treffen? Wir dürfen bei der Diskussion um die Vermögenssteuer nicht in die Mittelstandsfalle tappen. Wenn Frau Fekter, Herr Leitl, Herr Kapsch oder auch Herr Keuschnigg vom IHS der Meinung sind, Millionäre gehören zum Mittelstand, dann lassen wir Ihnen doch diese Meinung. Dann besteuern wir eben diese Mittelstandsmillionäre.

KOMPETENZ: Das Mittelstandsargument ist aber nicht das einzige gegen eine Vermögenssteuer.

Wolfgang Katzian: Auch andere Argumente gegen eine Vermögenssteuer, wie zuletzt die in

der Studie des IHS dargestellten, sind übrigens meist fragwürdig und strotzen vor Widersprüchen. Weder dass eine Vermögenssteuer das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt, noch dass Vermögenssteuern Verwaltungskosten in der Höhe von 20 Prozent ihres Aufkommens verursachen, kann die Studie des IHS wirklich nachweisen. Liest man genauer nach, bleibt auch nach 140 Seiten Lektüre wenig Substanz gegen eine Vermögenssteuer übrig. Manche Argumente belegen eigentlich das Gegenteil von dem, was die

Das Mittelstandsargument gegen Vermögenssteuern ist eine reine Farce.

Auftraggeber der Studie beabsichtigt haben, nämlich dass es kein vernünftiges Argument gegen ein faireres Steuersystem gibt.

KOMPETENZ: Was wäre abgesehen von den Änderungen im Steuersystem noch zu tun, um mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen?

Wolfgang Katzian: Nicht vom Thema Verteilungsgerechtigkeit zu trennen ist das Thema Arbeitszeit. Zeit ist eines der wichtigsten Güter in unserer schnelllebigen Gesellschaft und wird daher auch in Geld aufgewogen. Außerdem zeichnet sich bereits ab, dass das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren nicht ausreichen wird, um die Arbeitslosigkeit stark zu reduzieren. Wir brauchen daher eine Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit und weitere Verkürzungen der kollektivvertraglichen Arbeitszeiten.

KOMPETENZ: Wie könnte das konkret aussehen?

Wolfgang Katzian: Da gäbe es viele sinnvolle Möglichkeiten. Forderungen wie die 35-Stunden-Woche bleiben natürlich weiterhin aufrecht. Wir sehen uns jedoch, wenn wir über eine Verkürzung der Arbeitszeit verhandeln wollen, oft verhärteten „unflexiblen“ Fronten bei den Arbeitgebern gegenüber. Um die Dinge voranzubringen, haben wir daher in den vergangenen Jahren versucht, auf mehreren Ebenen anzusetzen.

Da ist erstens das Thema Überstunden.

Dabei geht es einerseits um eine generelle Reduktion von

Überstunden, also eine Verkürzung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit. Ein erster konkreter wichtiger Schritt wäre auch ein Abbau der unbezahlten Überstunden. Die GPA-djp wird daher gemeinsam mit Gebietskrankenkassen und Arbeitsinspektorat sehr genau schauen, dass geleistete Arbeit auch bezahlt wird. „Schwarze Schafherden“ sollen sich nicht mehr sicher fühlen können, sondern müssen mit Sanktionen und auch öffentlichen Aktionen rechnen.

Die zweite konkrete Forderung, ist der leichtere Zugang zur 6. Urlaubswoche. Die 6. Urlaubswoche gibt es in Österreich bereits lange, nur erreichen immer weniger Menschen die dafür notwendigen 25 Jahre bei einem Dienstgeber. Vor allem für Frauen ist das oft unrealistisch. Es geht dabei also nicht nur um eine Arbeitszeitverkürzung, sondern auch um Geschlechtergerechtigkeit. ■



Nachhaltiger Wohlstand für alle

Das beste Rezept gegen die Krise ist eine Stärkung der Kaufkraft der arbeitenden Menschen. Dafür gibt es genügend Spielraum.

Von Martin Panholzer

Die Mindestlöhne sind schuld an der Arbeitslosigkeit.“ Diese Äußerung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel vom April bringt es auf den Punkt, worin verantwortliche europäische Politiker derzeit den Schwerpunkt in der Krisenbewältigung sehen. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müsse Zurückhaltung bei Löhnen und Gehältern geübt werden und der Sozialstaat zurückgenommen werden, so das Credo. Wer etwa glaubt, aufgrund der Krisenerscheinungen würde es zu einem Kurswechsel in der europäischen Politik kommen, hat sich getäuscht:

Noch mehr vom Gleichen lautet das Rezept, obwohl genau das Europa in die größte ökonomische, soziale und wohl auch politische Krise seit dem 2. Weltkrieg geführt hat.

Einschnitte im Sozialsystem

Verkauft wird diese Politik unter dem Begriff „Strukturreform“ – was nicht etwa eine Reform jener Strukturen des Wirtschaftssystems meint, die die Krise verursacht haben, wie deregulierte Finanzmärkte oder zu hohe Vermögenskonzentration, sondern primär Einschnitte in die sozialen Rechte und das Lohnniveau.

Es handelt sich also um die Fortsetzung der neoliberalen Ökonomie, die suggeriert, dass ein Mehr an Ungleichheit Bedingungen erzeugt, die einer wirtschaftlichen Dynamik dienlich sind.

Die exorbitant gestiegene Ungleichverteilung ist eine Folge des jahrzehntelangen Zurückbleibens der Einkommen der unselbstständig Erwerbstätigen hinter den Einkommen von Kapitalbesitzern und Vermögenden.

Die Reichen wurden reicher

Der deutsche Ökonom Gustav Horn von der Hans-Böckler-

Stiftung belegte diese Entwicklung erst kürzlich vor GPA-djp-BetriebsrätInnen im Austria Center Vienna mit konkreten Zahlen aus Deutschland. Demnach sei die Wohlstandsvermehrung überhaupt nicht in der unteren Hälfte der EinkommensbezieherInnen angekommen, sondern bei den oberen und hier wieder insbesondere bei dem einen Prozent der Reichen und Superreichen.

Horn führt diese Entwicklung auf mehrere Faktoren zurück. So sei gemäß der neoliberalen Lehre ein Niedriglohnsektor etabliert worden, die tarifvertragliche Abdeckung abgebaut und es dadurch den Gewerkschaften immer schwerer gemacht worden, für die Beschäftigten flächendeckende Lohn-erhöhungen durchzusetzen, die gemäß der Produktivitätsentwicklung möglich und sinnvoll wären. Auch eine Steuerpolitik, die Gewinne und Vermögen gegenüber den Einkommen aus Arbeit bevorzugt, förderte diese Entwicklung massiv.

Spirale nach unten

Dies führte zum gewollten Effekt, dass sich die deutsche Wirtschaft gegenüber Konkurrenten am Weltmarkt Wettbewerbsvorteile verschaffen konnte. Dieser Vorteil für die deutsche Wirtschaft führe aber zu sehr unerfreulichen Nebenefekten, die gerade jetzt spürbar werden, so Horn.

Durch die Schwächung der Nachfrage infolge des Zurückbleibens der Arbeitseinkommen kann der-

zeit die Wirtschaft kaum eine neue Dynamik erlangen. Das wirtschaftliche Modell der Lohnzurückhaltung führt zu außenwirtschaftlichen Überschüssen und somit notgedrungen zu Schuldenpositionen in anderen Ländern. Durch die Währungsunion entfällt aber für diese Länder die Möglichkeit der Währungsanpassung, sodass der Rückgang der Wirtschaftsleistung und Massenarbeitslosigkeit notgedrungen auftreten und diese Staaten auch als Abnehmer für Produkte aus Deutschland entfallen. Eine gefährliche Spirale nach unten beginnt sich derzeit zu entwickeln, die nicht nur die Krisenstaaten im Süden Europas betrifft.

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist durch die neoliberale Wirtschaftspolitik gewachsen.

Horn verlangt eine Umorientierung in der Wirtschaftspolitik insbesondere in Deutschland mit einer offensiven Lohnpolitik, die die Produktivitätsfortschritte in vollem Ausmaß an die Beschäftigten weiter gibt. Nur so könne ein dauerhaftes ökonomisches Gleichgewicht hergestellt werden. Die Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen sei nämlich, so Horn, nicht nur ein ethisch-moralisches Problem, sondern in hohem Ausmaß auch ein ökonomisches und ein Hauptgrund, warum Europa derzeit nicht aus der krisenhaften Entwicklung herausfindet.

Verteilungsspielraum

Dass genug Verteilungsspielraum für eine offensive Lohnpolitik da ist, zeigen etwa die Daten,

welche die Arbeiterkammer kürzlich erhoben hat. In den Unternehmen, die ihre Bilanzen veröffentlichten müssen, sind die Dividenden, das sind die Zahlungen an die Eigentümer in den analysierten Unternehmen, fast halb so hoch wie Lohn- und Gehaltssumme! Während die Eigentümer bei Lohnerhöhungen ab der Inflationsrate von etwa 2,5 Prozent behaupten, das könnten sie sich nicht leisten, entnehmen sie den Unternehmen Dividenden im Ausmaß von 45 Prozent der Lohnsumme.

Glücklicherweise hat Österreich durch eine hohe KV-Abdeckung nicht jene massiven Probleme wie Deutschland. So ist auch das Verarmungsrisiko in Österreich geringer. Dennoch wird auch bei uns der Druck größer, gemäß der neoliberalen Wettbewerbsideologie, gewachsene Lohnfindungsstrukturen zu zerstören, und somit die Position der Gewerkschaften nachhaltig zu schwächen oder über weitere Flexibilisierungen die Lohn- und Gehaltskosten zu senken.

Aber nicht zu hohe Löhne sind schuld, dass Europa derzeit nicht aus der Krise findet, sondern jene Kräfte, die verhindern, dass die Wohlstandszuwächse bei den Menschen ankommen, die sie erwirtschaftet haben. ■

Vortrag im Internet

Den Vortrag von Prof. Gustav Horn und seine Präsentation bei der BetriebsrätInnenkonferenz der GPA-djp finden Sie auf der Homepage der GPA-djp www.gpa-djp.at



Prof. Gustav Horn, Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf



Ulrike Famira-Mühlberger, WIFO: „In vielen Betrieben ist klar: Wer weiterkommen will, muss auch unbezahlten Einsatz zeigen.“

© dewi

Unbezahlte Arbeitszeit

Im Vorjahr fielen mehr als 68 Millionen unbezahlte Arbeitsstunden an. Die KOMPETENZ sprach mit WIFO-Expertin Ulrike Famira-Mühlberger über die Auswirkungen unbezahlter Überstunden.

Das Interview führte Andrea Rogy.

KOMPETENZ: Wer leistet eigentlich die meisten unbezahlten Überstunden?

Famira-Mühlberger: Zwei Drittel der unbezahlten Überstunden werden von Angestellten erbracht. Gefolgt von den Beamten und Vertragsbediensteten mit gut einem Fünftel und den ArbeiterInnen mit zirka einem Achtel.

KOMPETENZ: Wer ist am stärksten betroffen?

Famira-Mühlberger: Beamte und Vertragsbedienstete sind am stärksten betroffen: Rund elf Prozent leisten unbezahlte Überstunden. Bei den Angestellten sind rund sieben Prozent betroffen, bei den ArbeiterInnen zwei Prozent. Durch die Krise hat sich die Anzahl der unbezahlten Überstunden seit 2005 jedoch halbiert.

KOMPETENZ: In welchen Branchen ist der Druck zur unbezahlten Arbeit besonders hoch?

Famira-Mühlberger: Die meisten unbezahlten Überstunden werden im Bereich Erziehung und Unterricht erbracht – gefolgt vom Handel.

KOMPETENZ: Erkennen Sie eine Tendenz, welches Geschlecht häufiger Überstunden leistet?

Famira-Mühlberger: Unter den unselbstständig Beschäftigten leisteten im Jahr 2012 rund sechs Prozent der Männer und fünf Prozent der Frauen unbezahlte

Überstunden. Allerdings zeigt sich, dass die von Frauen geleisteten Überstunden eher unbezahlt bleiben. Männer arbeiten im Durchschnitt pro Woche 2,5 Stunden mehr als vereinbart, eine halbe Stunde davon unentgeltlich. Frauen arbeiten mehr als eine Stunde pro Woche über das vereinbarte Arbeitsausmaß hinaus. Zirka ein Drittel dieser Arbeitsleistung bleibt unbezahlt.

KOMPETENZ: Welche Auswirkungen haben unbezahlte Überstunden auf Beschäftigte?

Famira-Mühlberger: Unbezahlte Mehrleis-

tungen haben einerseits den Nachteil, dass sozialrechtliche Ansprüche der Menschen verloren gehen – diese Arbeitszeiten werden zum Beispiel bei der Berechnung von Arbeitslosengeld und Pension nicht berücksichtigt. Andererseits können regelmäßige Überstunden die sogenannte „Work-life Balance“ negativ beeinflussen. Menschen, die über längere Zeit hinweg sehr viel arbeiten, haben zu wenig Zeit, um sich zu regenerieren. Das kann auf Kosten der Gesundheit gehen.

KOMPETENZ: Sehen Sie Nachteile für Frauen?

Famira-Mühlberger: In der heutigen Arbeitswelt findet der berufliche Aufstieg sehr häufig über verstärkten zeitlichen Einsatz statt. Da Männer meist weniger familiäre Versorgungsarbeit leisten, können sie eher Überstunden erbringen als Frauen. Im internen Konkur-

renzdruck sind Frauen Männern oft unter anderem deswegen unterlegen. Das ist mit ein Grund dafür, dass es für Frauen immer noch schwierig ist, in höhere Managementpositionen zu kommen.

KOMPETENZ: Wie erklären Sie sich das Phänomen der unbezahlten Überstunden?

Famira-Mühlberger: Für die ArbeitgeberInnen liegen die Vorteile auf der Hand: Die Kosten des Faktors Arbeit wer-

ten dazu missbraucht, um die Arbeitsleistung zu erhöhen?

Famira-Mühlberger: Ich glaube nicht, dass unbezahlte Überstunden notwendigerweise aus einem Angst-Motiv heraus geleistet werden. Natürlich kann – wie schon angesprochen – eine hohe Arbeitslosigkeit in der Region den Druck erhöhen, unbezahlte Arbeit zu leisten. Andererseits sind vor allem höher Gebildete und damit höher Entlohnte von unbezahlten Überstunden betroffen.

KOMPETENZ: Worin sehen Sie die Gründe dafür?

Famira-Mühlberger: Diese

Personen weisen meist eine starke Identifikation mit ihrer Arbeit auf und arbeiten ergebnisorientiert in interessanten Tätigkeitsfeldern. Aber natürlich ist in vielen Betrieben klar: Wer weiterkommen will, muss auch unbezahlten Einsatz zeigen. Das Argument: „Mein Arbeitsumfang ist mir zu viel, ich brauche Unterstützung“ ist meist nicht karrierefördernd.

KOMPETENZ: Sind unbezahlte Überstunden ein Österreich-Spezifikum?

Famira-Mühlberger: Natürlich spielt die Arbeitskultur eines Landes eine Rolle. Eine Bekannte von mir hat einmal in Dänemark gearbeitet und wurde von ihrer Chefin gefragt, ob sie zu Hause Probleme hätte, weil sie oft nach 18 Uhr noch im Büro sei. In Großbritannien hingegen wird erwartet, dass MitarbeiterInnen – oft auch unbezahlt – lange Zeit im Büro bleiben. ■

Die von Frauen geleisteten Überstunden bleiben öfter unbezahlt als die der Männer.

den verringert, wenn ein Teil der Arbeitsleistung unbezahlt gemacht wird. So wird die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes gestärkt.

KOMPETENZ: Aber warum machen die ArbeitnehmerInnen da mit?

Famira-Mühlberger: Deutsche Untersuchungen zeigen, dass unbezahlte Überstunden einen Investitionscharakter aufweisen: Beschäftigte, die unbezahlte Überstunden leisten, haben in der Folge höhere Löhne. Außerdem zeigt sich, dass die Leistung von unbezahlten Überstunden in einem Zusammenhang mit der regionalen Arbeitslosigkeit steht: Unbezahlte Mehrstunden werden also auch deshalb erbracht, um den eigenen Arbeitsplatz besser abzusichern.

KOMPETENZ: Werden hier nicht die Ängste der Beschäftig-



Ulrike Famira-Mühlberger ist Ökonomin am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) mit den Forschungsschwerpunkten Arbeitsmarkt, Einkommen und soziale Sicherheit.

Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel

Einsendeschluss: 26.5.2013. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



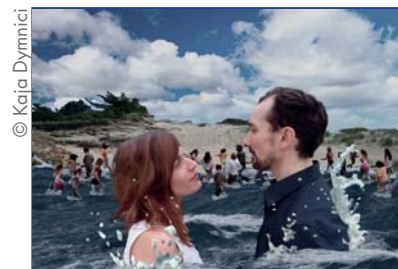
18. Mai bis 31. August 2013

Einmal Sonne für zwei

Komödie am Kai

Eine humorvolle Komödie mit der richtigen Mischung aus Liebe, Witz und vielen überraschenden Wendungen, ein Balanceakt zwischen Zynismus und Zärtlichkeit, zwischen Gefühl und Gelächter.

Info: www.komoedieamkai.at
Karten: 01/533 24 34
20 % CARD-Ermäßigung



29. Mai bis 25. Juni 2013

DAS WEITE LAND

Ehem. Architekturbüro in Mariahilf

Der Schauspieler Alexander Pschill präsentiert in Zusammenarbeit mit Kaja Dymnicki seine erste Regiearbeit, das Drama in fünf Akten von Arthur Schnitzler in einer ganz speziellen Fassung.

Karten: 0676/362 13 09
Mit CARD: EUR 17,- statt 19,-



7. Juni 2013

Blues Brothers Second Hand

Orpheum Wien

Das Blues Brothers Cover aus Wien hat neben zahlreichen Songs der „Blues Brothers“ und Elementen aus dem legendären Film zeitlose Stücke des Souls und Rhythm' and Blues in ihrem Repertoire.

Info und Tickets:
www.gobbsh.com



25. Juni bis 11. August 2013

FESTSPIELE STOCKERAU

Open-Air-Bühne/versch. Lokale

Im Zentrum des Festivals steht die tragische Komödie „Der Besuch der alten Dame“, hochkarätig besetzt mit Anne Bennent. Neben Theater wird das Musikfestival querfeld¹ mit Neuentdeckungen und prominenten Namen aus der Musikwelt präsentiert.

Info: www.festspiele-stockerau.at



26. Juni bis 14. Aug. 2013

Robin Hood und die Girl Gang vom Sherwood Forest

Tschauner Bühne

Mutig, frech und unerschrocken stellen sie sich auf die Seite der Ausgebeuteten und sorgen mit unkonventionellen Mitteln für Recht und Gerechtigkeit.

Info: www.tschauner.at
20 % CARD-Ermäßigung
Karten: 01/914 54 14



3. bis 27. Juli 2013

Sommerspiele Perchtoldsdorf

Burg Perchtoldsdorf/Burghof

Heuer steht mit „Der Revisor“ eine wahrhaft zeitlose Komödie von Nikolaj Gogol auf dem Programm, in der sich alles um Bestechung und Korruption dreht.

Info: www.sommerspiele-perchtoldsdorf.at
Karten: 01/866 83-400
10 % CARD-Ermäßigung



Erkämpft – erreicht

Leistungsbilanz der GPA-djp 2012.

Die GPA-djp hat im Vorjahr wieder rund 170 Kollektivverträge erfolgreich verhandelt und damit faire Einkommen für die ArbeitnehmerInnen gesichert. Damit hat sie nicht nur für Gehaltserhöhungen, sondern auch für Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie für rahmenrechtliche Verbesserungen für 1,3 Millionen Beschäftigte gesorgt.

Mitglieder der GPA-djp erhalten umfassenden arbeitsrechtlichen Schutz. Im Rahmen dieser Rechtsschutztätigkeit hat die GPA-djp über 51 Millionen Euro erstritten. Die häufigsten

Beschwerden gab es bei der korrekten Abgeltung der Arbeitszeit, Bezahlung von Überstunden und bei kollektivvertraglichen Einstufungen.

Wichtige Kampagnen und Aktionen fanden außerdem zu den Themen Sonntagsöffnung (Lugner-City und aktuell bei dayli), zur Einkommensgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern und zur Steuergerechtigkeit statt.

Ihren Kollektivvertrag finden Sie **unter www.gpa-djp.at/kv**
Infos zum Rechtsschutz unter **www.gpa-djp.at/rechtsschutz**

Wie viel Urlaubsanspruch habe ich?

Als ArbeitnehmerIn haben Sie Anspruch auf mindestens 5 Wochen bezahlten Urlaub pro Arbeitsjahr, das sind 30 Werktage. Statt Werktagen (Werktage sind alle Kalendertage mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) kann Urlaub auch in Arbeitstagen berechnet werden. Das sind 25 Arbeitstage bei einer Arbeitswoche von Montag bis Freitag. Wichtig ist, dass Sie immer 5 Wochen Urlaub bekommen müssen. Das gilt auch für Teilzeitbeschäftigte und geringfügig Beschäftigte, jeweils im Ausmaß der vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit.

Ihr Chef kann Ihren Urlaub übrigens nicht in Geld ablösen! Das Urlaubsgesetz verbietet, dass im aufrechten Arbeitsverhältnis anstelle der freien Tage eine Abgeltung des Urlaubs in Geld vorgenommen wird. Solche Vereinbarungen sind verboten. Ebenso wenig darf ihr Chef Sie auf Urlaub schicken, wenn sie nicht wollen. Urlaub ist Vereinbarungssache. Alle Infos zum Thema Urlaubsrecht finden Sie auf **www.gpa-djp.at**

Unterstützung, Hilfe & Sicherheit

Wussten Sie schon, dass Sie als Mitglied der GPA-djp Anspruch auf folgende Versicherungen haben?

- Berufs-Haftpflichtschutz bis 75.000 Euro • Berufsrechtsschutz bis 15.000 Euro
- Zusatzunterstützung bei Arbeitslosigkeit • Hinterbliebenenunterstützung

Außerdem erhalten Sie aus der Solidaritätsversicherung

- eine Freizeitunfall-Invaliditätsversicherung • eine Unfall-Spitalgeld-Versicherung,
- eine Begräbniskostenbeitrags-Versicherung • eine Freizeit-Unfalltod-Versicherung

Nähere Auskünfte zu allen Leistungen unter der Servicenummer **05 03 01-301**



© gboldlitz, Fotolia.com

Urlaubsangebote

Genießen Sie Ihren Urlaub, ob bei einer Städtereise, einem Wellnessurlaub oder Badeurlaub. Mit der GPA-djp-CARD profitieren Sie auch im Urlaub von Rabatten.

© Ferienhotel Wörthersee



Ferienhotel Wörthersee

Exklusives Package für GPA-djp-Mitglieder, gültig bis 6. Oktober 2013

8 Tage/7 Nächte im Doppelzimmer oder Appartement, 7 x Frühstücksbuffet und 4-gäng. Abend-Wahl-Menü, freie Benützung des Wellnessbereiches mit Finnischer und Aromasauna, Infrarotkabine, Kneippbecken, Hallenbad mit Seeblick, 2 x 25 Min. Entspannungsmassage.

20 % Ermäßigung auf Massagen und Behandlungen
Packagepreis ab € 409,-

Ferienhotel Wörthersee
Töschling 82, 9212 Techelsberg/Pörtschach
Tel.: 04272/25 09, www.ferienhotel-woerthersee.at

© Linz TourismusKest2Mela



Kurzturlaub in Linz

Linz lässt aufhorchen mit der Eröffnung des wohl modernsten Musiktheaters Europas.

Gönnen Sie sich eine Alltagspause am Donauufer. Wählen Sie zwischen Design-Hotel ibis Styles Linz ab 69 € pro Zimmer oder Innenstadt ibis Linz City ab 59 € pro Zimmer.

5–10 % Ermäßigung in über 2.200 Accor Hotels der Marken Sofitel, Pullman, MGallery, Novotel, Mercure, ibis und ibis Styles für GPA-djp-Mitglieder.

Unter www.gpa-djp.at/card finden Sie den Direktlink zur Onlinebuchung.

Tel. Buchung: 01/360 27 720 00 mit der Kundennummer: SC301369328 sowie der Vertragsnummer: 569466

© Homair



Homair Mobilheimferien

Urlaub in komplett ausgestatteten Mobilheimen. Wählen Sie aus 115 Feriendörfern und Campingplätzen an den schönsten Reisezielen Europas, am Meer, am See oder auf dem Land.

Swimming-Pool, Animationen, Wasserrutschen, Sport- und Wellnessangebote, Kinderclub, Ausflüge u. v. m. erwarten Sie.

Für GPA-djp Mitglieder:
15 % Rabatt vor 6.7. und nach 24.8.2013, 5 % Rabatt im Juli auf „Good Deal“ und „Life Club“ Reiseziele (ab 1 Woche Aufenthalt, bis zum 27. 7.2013)
Keine Buchungsgebühren (10–25 €) im ganzen Jahr

Partnercode GPA10 bei der Buchung auf www.homair.de oder Tel.: +33 442/20 47 25

© Perdacher



Apparthotel Perdacher

Das familiär geführte ****Apparthotel mit 10 Appartements (für 2–6 Pers.) und 2 Zimmern (für 2–3 Pers.) in Reifnitz am Wörthersee liegt auf einer kleinen Anhöhe über der Reifnitzer Bucht.

Optimaler Ausgangspunkt für jede Aktivität, zentrumsnah und dennoch eingebettet von Wald, Wiesen und Ruhezonen. Attraktive Angebote für Radler, Wanderer und Golfer. In ca. 5 Gehminuten erreichen Sie das Strandbad und Ortszentrum.

Ganzjährig geöffnet!
Ermäßigte Preise für GPA-djp-Mitglieder!

9081 Reifnitz, Raunacherstrasse Haus Nr. 16, 04273/22 23
office@perdacher.com
www.perdacher.com

© Lebensquell Bad Zell



Lebensquell Bad Zell

GPA-djp-Package – Auszeit im Lebensquell

3 Tage/2 Nächte im exkl. DZ, Frühstücksbuffet, Nachmittagsmehlspeisen, 5-Gang-Genuss-Dinner, Sauna- und Wasser-oase, hoteleigene Finessoase, 10 % Rabatt auf gebuchte Kosmetikbehandlungen.

Gültig bis 20. Dezember 2013
ab EUR 189,- p. P. im DZ
EZ-Zuschlag EUR 20,- pro Tag

Bitte unter „Auszeit GPA-djp“ reservieren und vor Ort die GPA-djp-CARD vorweisen!

Hotel Lebensquell Bad Zell
Lebensquellplatz 1, 4283 Bad Zell
07263/75 15-501
E-Mail: office.hotel@lebensquell-badzell.at
www.lebensquell-badzell.at

© Interhome



Ferienhäuser und Ferienwohnungen von Interhome

Der Ferienhausspezialist Interhome bietet weltweit mehr als 32.000 Ferienwohnungen, Ferienhäuser und Chalets in 31 Ländern.

Berge oder Meer, Stadt oder Land, Appartement, Villa, Skihütte oder Schloss, vom 1-Stern-Ferienobjekt mit einfacher Gesamtausstattung bis hin zur 5-Sterne-Luxusvilla.

Speziell für GPA-djp-Mitglieder: 5 % Vorteilsrabatt auf das gesamte Produktangebot, auch kombinierbar mit Frühbucher- oder Last-Minute-Rabatt!

Buchungen online unter www.interhome.at/gpa oder telefonisch 01/512 34 40-90 unter Nennung des Aktionscodes „AT1000178“ tätigen.

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.



Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at

© Ferienhotel Wörthersee



NIEDERÖSTERREICHISCHE LANDESAUSSTELLUNG 2013

ASPARN AN DER ZAYA · POYSDORF

FÜR GPA-djp-MITGLIEDER
ERMÄSSIGTER EINTRITT VON

€ 9,–

ANSTATT € 10,–

GÜLTIG GEGEN VORLAGE DER
GPA-djp CARD



BROT & WEIN

27. APRIL – 3. NOVEMBER 2013

GEWINNSPIEL

GEWINNEN SIE MIT DER GPA-djp EINE ÜBERNACHTUNG FÜR ZWEI PERSONEN IM WEINVIERTEL UND DEN EINTRITT ZUR NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESAUSSTELLUNG 2013 „BROT & WEIN“.

Mit etwas Glück verbringen Sie schon bald einen erholsamen Kurzaufenthalt im wunderschönen Weinviertel: Eine Übernachtung im JUFA Weinviertel*** Landerlebnisdorf im Doppelzimmer inkl. Frühstück und ein Besuch der Niederösterreichischen Landesausstellung 2013 inkl. Führung an den beiden Standorten Asparn an der Zaya und Poysdorf erwarten Sie.

Senden Sie eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: „Brot & Wein“.
Online-Teilnahme: www.gpa-djp.at/gewinnspiele
Einsendeschluss: 26. Mai 2013.
Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



www.jufa.eu

www.noelandesausstellung.at



Jetzt Fan werden

Weinviertel

EVN

HYPO NOE
GRUPPE

NÖN

NV

ORF NÖ
NIEDERÖSTERREICH

Raiffeisen
Meine Bank

eco
Die Wirtschaftsgesellschaft
des Landes Niederösterreich

VIA
Vienna International Airport
Öffnen für neue Horizonte.

KULTUR
NIEDERÖSTERREICH

